

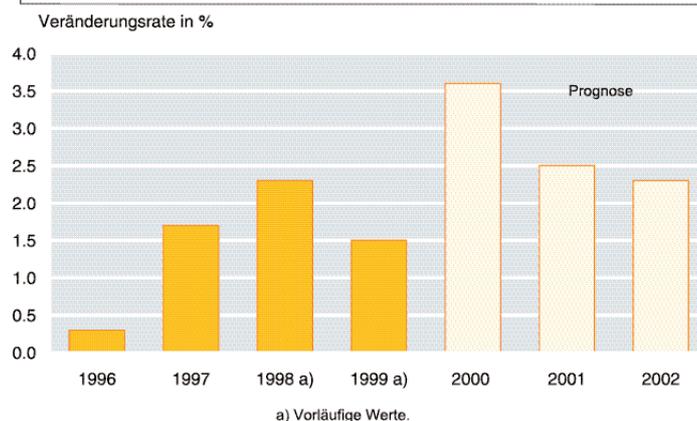
**Fortsetzung der kräftigen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung im Jahre 2000. Überwindung der jahrelangen Baurezession. Verlangsamte Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion 2001 und bis ins Jahr 2002 hinein. Gestraffte Geldpolitik und leicht restriktive Finanzpolitik. Vielfältige Fortschritte bei Wirtschaftsreformen. Sieben-Punkte-Programm mit der EU tritt 2001 in Kraft. Moderater Preisanstieg. Deutliche Knappheit an Arbeitskräften. Weiterhin sehr hohe Überschüsse der Leistungsbilanz. Summary in English.**

Das politische und soziale Umfeld bleibt über weite Strecken geprägt von Irritationen, Selbstzweifeln und auch von Zukunftsängsten bei Bevölkerung und Politik. Es fällt schwer, von der jahrzehntelang und gerne gespielten Sonderrolle Abschied zu nehmen, die mit geschwundener militärischer Bedrohung, rascher Globalisierung und fortschreitender EU-Integration, obsolet geworden ist. Die Schwierigkeiten mit dem Finden einer neuen Identität haben nicht nur die 1998 veranstalteten Feiern zum 150-jährigen Bestehen der schweizerischen Bundesverfassung, sondern auch 1999 die Wahlen zum Nationalrat (entspricht dem deutschen Bundestag), das Referendum über die überfällige Revision der Bundesverfassung und die Auseinandersetzungen über das Sieben-Punkte-Abkommen mit der EU geprägt. Die hierdurch bedingte labile psychologische und politische Gemengelage darf jedoch nicht den Blick darauf verstellen, dass auf vielen Gebieten Reformen voran getrieben werden und die Öffnung nach außen – vor allem gegenüber der EU – voran kommt (wenn auch begleitet von vielerlei Abwehrreflexen). Allerdings wird im März 2001 per Referendum eine von der Welschschweiz initiierte Initiative sicherlich abgelehnt werden, welche die Regierung zur sofortigen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU zwingen soll. Im Jahre 2002, spätestens im Juni 2003 will die Regierung jedoch über einen Beitritt der Schweiz zur UNO abstimmen lassen, da dieser jetzt eine breite Zustimmung findet. Dem Wind des Wandels kann sich nicht einmal das über Jahrzehnte hinweg die schweizerische Identität so intensiv verkörpernde Militär entziehen; seine Verzahnung mit den wirtschaftlichen und administrativen Kadern erodiert seit dem Beginn der neunziger Jahre ebenso wie seine Bedeutung als Klammer der Nation. Auch der Vorrat an

politischen Gemeinsamkeiten ist im Schwinden begriffen, wie die Diskussionen über die seit 1959 nach einer »Zauberformel« gebildeten Bundesregierung und über die politische Konkordanz zeigen. Es passt u.a. in dieses Bild, dass die Führung der in der Bundesregierung vertretenen Schweizerischen Volkspartei (SVP) dieser Tage erklärte, nun noch mehr Opposition gegen eben diese Regierung machen zu wollen. Eine Konstante bildet jedoch der »Röstigraben« zwischen Deutsch- und Welschschweiz, welcher das unterschiedliche Abstimmungsverhalten der beiden Landesteile und eine möglicherweise allmählich schwindende Kohäsion derselben illustriert.

**Volksabstimmungen** von herausragender Bedeutung prägten das Jahr 2000: Das Sieben-Punkte-Abkommen mit der EU wurde mit 67,2% Ja-Stimmen angenommen. Deutlich abgelehnt wurde eine drastische Reduktion der Streitkräfte. Ebenfalls mit annähernder Zweidrittel Mehrheit verworfen wurde eine Initiative zur Begrenzung des Ausländeranteils an der Bevölkerung auf 18%.

## Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: Schweizerische Nationalbank, Prognose des ifo Instituts.

Die **Wirtschaftspolitik** wurde bei den Volksabstimmungen von 1999 und 2000 in ihrem Vorgehen bestätigt und für die Jahre 2001 und 2002 auf wichtigen Gebieten determiniert. Das gilt nicht nur für Reformvorhaben (Abschaffung des Beamtenstatus auf Bundesebene ab 2001, Sozialversicherung (AHV) etc.), sondern auch für die Integrationspolitik – und hier sogar längerfristig. Die Finanzpolitik bleibt konsolidierungsorientiert. Die Anstrengungen der EU und der USA zur Austrocknung von Steueroasen bedeuten eine große Bedrohung auch für den international bedeutenden Finanzplatz Schweiz und damit eine weitere Herausforderung für die Wirtschaftspolitik.

### Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich etwa wie folgt dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 5%. In **Japan** erhöhten sich Nachfrage und Produktion um ca. 1½%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um knapp 4%. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 3½% zu; in der EU und in Euro-Land stieg es in etwa gleichem Maße und in Deutschland um ca. 3%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt ungefähr 28,5 US-Dollar pro Barrel; gegenüber 1999 ist das ein Anstieg um ca. 57%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber 1999 auf Dollar-Basis um rund 2%. Der **Wechselkurs des Euro** lag im Schnitt des Jahres bei 0,92 US-Dollar. Das Volumen des **Welt Handels** expandierte in einer Größenordnung von 12½%.

In der **Schweiz** setzte sich die seit Mitte 1999 zu beobachtende zügige und kräftige konjunkturelle Erholung fort. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um ungefähr 3½% zugenommen haben; das war deutlich mehr als das Wachstum des Produktionspotentials. Stimulierend wirkten das sehr günstige weltwirtschaftliche Umfeld, die sehr lebhaft zunehmende Inlandsnachfrage sowie die etwas niedrigere Bewertung des Schweizerfranken. Auch war die Geldpolitik noch leicht anregend, während die Finanzpolitik auf einen konjunkturneutralen Kurs einschwenkte. Allerdings verlor der Aufschwung bereits im Sommerhalbjahr wieder an Tempo. Die Klimaindikatoren deuten auf eine weitere Verlangsamung auch im vierten Quartal hin. Hierbei spielten nicht nur die beginnende Abschwächung der Weltkonjunktur und der bremsende, ölpreisbedingte Terms-of-Trade-Effekt eine Rolle, sondern auch der fast leergefegte Arbeitsmarkt und die Vollauslastung der Kapazitäten. Gleichwohl blieb der Preisauftrieb trotz zeitweiliger Beschleunigung noch moderat. Der strukturell hohe Leistungsbilanzüberschuss ist noch weiter spürbar gestiegen.

Wichtigste Triebkraft des Aufschwungs blieb die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen. Sie dürfte um reichlich

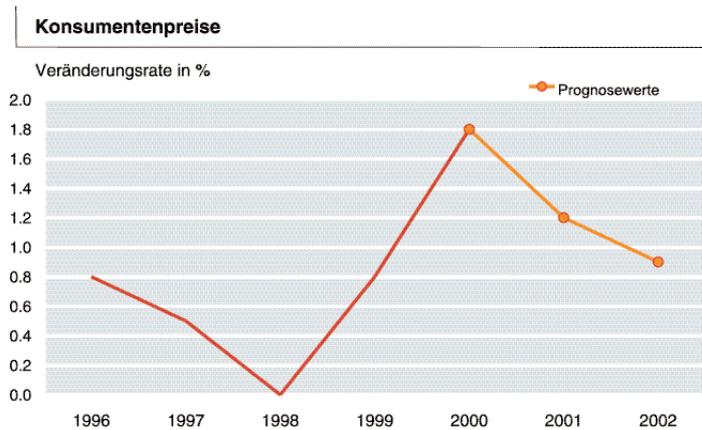
10% zugenommen haben. Die sehr günstige Weltkonjunktur im Allgemeinen und der kräftige Aufschwung in Europa im Speziellen haben anregend gewirkt. Hinzu kam der stark gestiegene Wechselkurs des US-Dollar. Außerdem haben kaum gestiegenen Lohnstückkosten die internationale Wettbewerbsfähigkeit etwas verbessert. Von der guten Investitionskonjunktur in Europa und in den USA hat der strukturell schwergewichtige Export von Investitionsgütern erheblich profitiert. Der **Import** erhöhte sich um etwa 8½%. Bei verschlechterten Terms of Trade wies die **Leistungsbilanz** vermutlich einen Überschuss in der Größenordnung von 12½% aus.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (ca. + 6½%) stiegen äußerst lebhaft und wiesen die höchste Expansionsrate seit 1994 aus. Zwar nahmen die Ausrüstungsinvestitionen, angeregt durch günstige Finanzierungskosten, sehr optimistische Absatz- und Ertragserwartungen, die voll ausgelasteten Kapazitäten sowie durch den, von der internationalen Konkurrenz und dem leergefegten Arbeitsmarkt ausgehenden Rationalisierungsdruck, weiter überdurchschnittlich zu. Aber die eindruckliche Überwindung der seit Anfang der neunziger Jahre fast ununterbrochenen Baurezession trug ebenfalls zu dem guten Resultat bei. Der Wohnungsbau nahm deutlich zu, gestützt von niedrigen Zinsen sowie wachsender Nachfrage nach größeren und besser ausgestatteten Wohnungen. Der industriell-gewerbliche Bau expandierte ebenfalls lebhafter, und der öffentliche Bau wurde von großen Infrastrukturprojekten (NEAT, Bahn 2000, Autobahnen) angeregt.

Der **private Konsum** dürfte um rund 2½% gestiegen sein, obwohl die Sparquote etwa konstant blieb. Aber die Beschäftigung nahm ebenso wie die Reallöhne schneller zu. Im Gegensatz zu 1999 wurden ganz überwiegend generelle Lohnerhöhungen vereinbart, und die immer häufiger einen Teil des Arbeitseinkommens bildenden Bonuszahlungen sind konjunktur- und arbeitsmarktbedingt großzügiger bemessen worden als im Jahr zuvor. Der **öffentliche Verbrauch** ist vermutlich nur geringfügig gestiegen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** besserte sich die Lage weiter. Die Beschäftigung expandierte um ca. 1½%, nach 1,1% im Jahre 1999. In fast allen Wirtschaftssektoren konnte der Bedarf an Fachkräften und oft genug auch an weniger qualifizierten Kräften nicht gedeckt werden. Die Arbeitslosenquote sank auf knapp 2% im Jahresdurchschnitt, wobei die Langzeitarbeitslosigkeit gegenüber 1999 um rund ein Drittel zurückging.

Die **Konsumentenpreise** erhöhten sich recht moderat, und wesentlich bedingt durch die Verteuerung importierter Güter (hauptsächlich Mineralöl). Bemerkenswerterweise blieb der interne Preisauftrieb trotz der allgemeinen Hochkonjunktur bis zum Herbst sehr gering. Ursächlich waren die kaum



Quelle: Schweizerische Nationalbank, Prognose des ifo Instituts.

gestiegenen Lohnstückkosten, der lebhaftere Wettbewerb und das nur zögerlich erfolgende Durchwirken der Ölverteuerung auf nachgelagerte Produktionsstufen. Anschließend erfolgte jedoch ein kräftiger Teuerungsschub, mit verursacht durch erheblich steigende Mieten infolge erhöhter Hypothekenzinsen. Im Jahresdurchschnitt betrug der Anstieg – basierend auf den ab Juni revidierten amtlichen Daten –  $1\frac{3}{4}\%$ .

### Wirtschaftspolitik

Von der Geld- und Finanzpolitik wird die Konjunktur im laufenden Jahr leicht gebremst. Dieser Kurs ist geboten, um mit Blick auf die hoch ausgelasteten Kapazitäten und die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt den Preisanstieg auf mittlere Sicht gering zu halten und das Wirtschaftswachstum wieder besser mit der Zunahme des Produktionspotentials in Einklang zu bringen. Er wird flankiert von der bereits laufenden **Aufwertung des Schweizerfranken gegenüber dem US-Dollar**. Im Jahre 2002 dürfte die Wirtschaftspolitik auf einen mehr konjunkturneutralen Kurs einschwenken. Gleichzeitig werden auf verschiedenen Gebieten Reformen fortgeführt. Vor allem aber kommt man **integrationspolitisch einen großen Schritt** weiter.

Die **Schweizerische Nationalbank (SNB)** hatte ihr seit 1990 verfolgtes, aber bereits ab Mitte der neunziger Jahre zunehmend obsolet gewordenes und schrittweise verändertes Geldmengenkonzept 1999 vollends ad acta gelegt. Seither orientiert sich die Geldpolitik hauptsächlich an einem Inflationsziel, doch spielt die Entwicklung der Geldmenge M3 weiterhin eine erhebliche Rolle. Der Anstieg der Konsumentenpreise soll längerfristig unter 2% p.a. gehalten werden – eine Vorgabe, die mit jener der Europäischen Zentralbank (EZB) deckungsgleich ist. Beginnend im Herbst 1999 wurden daher als Reaktion auf die anziehende Teuerung die monetären Zügel gestrafft, wie die steigenden Geldmarkt, und – in der Folge – wieder aufwärts tendierenden Hypothekenzinsen zeigen.

Zuletzt wurde das hier als Referenzgröße dienende Zielband für den Dreimonats-Libor im Juni 2000 um einen weiteren halben Prozentpunkt auf 3 bis 4% angehoben. Dieser Rahmen dürfte ausreichen, um ohne weitere geldpolitische Straffung dem Stabilitätsziel wieder näher zu kommen. Da sich der weltweite Wirtschaftsaufschwung stärker als noch vor kurzem erwartet abschwächt und der Wechselkurs des US-Dollar abwärts tendiert, werden sich Konjunktur und Preisauftrieb in der Schweiz sukzessive beruhigen. Bereits bei der EZB-Leitzinserhöhung hatte die Schweizerische Nationalbank (wie auch die Bank of England) nicht mehr mitgezogen. Etwa Mitte 2001 könnte mit einer monetären Lockerung begonnen werden, die infolge von Wirkungsverzögerungen allerdings erst im weiteren Verlauf von 2002 dem Wirtschaftswachstum Impulse zu geben beginnt. Erwähnenswert ist noch der Anfang Mai 2000 erfolgte **Abschied vom Goldstandard**, der für umlaufende Banknoten eine Mindestdeckung in Gold vorsah. Seitdem wird der Goldbestand der SBN zu Marktpreisen bewertet, so dass nur mehr die Hälfte desselben für währungspolitische Zwecke benötigt wird. Die andere Hälfte wird über Jahre verteilt zu Marktpreisen verkauft. Die hierbei anfallenden hohen Buchgewinne werden einem öffentlichen Fonds für humanitäre Zwecke zugeführt.

Die **Wechselkurspolitik** hatte den Kurs des Franken gegenüber dem Euro vom Beginn des zweiten Quartals 2000 bis in den Spätherbst hinein steigen lassen, nachdem sie ihn bis dahin konstant gehalten hatte. Das weitere Vorgehen wird von zwei Determinanten bestimmt: Einerseits soll eine zu enge Anlehnung an den Euro vermieden werden, um geldpolitische Unabhängigkeit gegenüber der EZB zu demonstrieren und den schweizerischen Zinsvorteil gegenüber dem Euro-Raum zu wahren. Andererseits will man mit Rücksicht auf die sehr starke wirtschaftliche Verflechtung mit dem Euro-Raum und die Interessen der Exportwirtschaft eine nennenswerte Aufwertung gegenüber dem Euro vermeiden. Auf mittlere Sicht dürfte der Kurs des Schweizerfranken innerhalb eines Bandes von 1,50 bis 1,60 SFR pro Euro schwanken. Die Entwicklung des Dollarkurses kann ohnehin kaum beeinflusst werden, doch kommt die Aufwertung den konjunktur- und stabilitätspolitischen Intentionen entgegen.

Die **Finanzpolitik** hält an der schwerpunktmäßig auf sparsame Ausgabenpolitik abzielenden konsolidierungsorientierten Linie fest. Diese ist in den beiden letzten Jahren durch den kräftigen Konjunkturaufschwung sehr erleichtert worden. Der Bund hat zwar für das Jahr 2001 statt des geplanten Haushaltsausgleichs noch ein Defizit von etwa 100 Mill. SFR, aber bereits für 2002 einen geringen Überschuss budgetiert. Ob hiermit eine Steuerreform (Steu-

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten  
- in % -

	1998 <sup>†</sup>	1999 <sup>†</sup>	2000 <sup>‡</sup>	2001 <sup>§</sup>			2002 <sup>§</sup>		
			KCF <sup>¶</sup>	KCF <sup>¶</sup>	BAK <sup>¶</sup>	OECD <sup>¶</sup>	KCF <sup>¶</sup>	BAK <sup>¶</sup>	OECD <sup>¶</sup>
Bruttoinlandsprodukt	2,3	1,5	2,0	2,2	2,4	2,4	1,5	2,1	2,0
Inlandsnachfrage	4,3	1,4	2,0	1,9	n.a.	2,4	1,9	n.a.	2,4
Privater Verbrauch	2,2	2,2	2,3	2,0	2,0	2,0	1,8	1,7	1,9
Staatsverbrauch	0,7	-0,4	0,8	0,0	1,0	0,3	0,5	1,8	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	11,0	0,8	3,7	2,8	4,0	4,0	1,7	3,7	4,5
Exporte <sup>  </sup>	5,0	5,0	7,5	3,3	5,7	0,0	2,3	4,3	5,8
Importe <sup>  </sup>	9,0	5,5	5,3	3,5	5,1	0,7	3,1	3,7	0,4
Industrieproduktion	4,2	3,1	3,5	2,2	3,1	3,2	1,2	2,1	3,2
Konsumumentenpreise	0,0	0,8	1,7	0,8	1,9	1,8	0,8	1,7	1,7
Arbeitslosenquote	3,9	2,7	2,0	1,9	1,8	1,8	2,1	1,9	1,8
Leistungsbilanz(Saldo) <sup>¶</sup>	11,0	11,4	12,4	12,0	n.a.	12,7	12,7	n.a.	12,0

† Vorläufige amtliche Werte. - ‡ Schätzungen. - § Konjunkturforschungsstelle an der ETH, Zürich, vom August 2000. - ¶ Konjunkturforschung Basel, Basel, vom Dezember 2000. - ¶ Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2000. - || Güter und Dienstleistungen. - ¶ In % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

erausfälle für den Bund per Saldo 1,4 Mrd. SFR pro Jahr), welche vor allem Familien und Alleinstehende besser stellen soll, vereinbar ist, wird noch diskutiert. Zudem kommen die Kantone konsolidierungspolitisch weiter. Den Budgetplanungen zufolge werden heuer acht Kantone schwarze Zahlen schreiben; im Jahre 2000 waren es erst drei. Und schließlich sind auch die Gemeinden mit der Konsolidierung ihrer Finanzen erfolgreich. Insgesamt dürften sie 2001 wieder einen leicht positiven Finanzierungssaldo ausweisen. Auf Kantone und Gemeinden entfallen etwa 70% der gesamten Staatseinnahmen. Die Versteigerung von UMTS-Lizenzen brachte dem Fiskus – im Gegensatz zu den hohen Milliarden Erlösen in anderen Ländern – lediglich 134 Mill. Euro.

Ordnungspolitisch werden Deregulierung und Privatisierung von öffentlichem Eigentum fortgesetzt. Das gilt auch für die Bundesverwaltung, in der Anfang 2001 der Beamtenstatus abgeschafft wurde. Eine Teilrevision des Kartellgesetzes von 1995 ist in Arbeit. Das Mietrecht wird geändert, wobei man noch um einen neuen flexibleren Interessenausgleich zwischen Vermietern und Mietern ringt.

### Sieben-Punkte-Abkommen mit der Europäischen Union

Integrationspolitisch wurde Anfang 2001 ein großer, wie wohl überfälliger Schritt getan mit der Inkraftsetzung des Sieben-Punkte-Abkommens mit der EU. Dieses war 1999 unterzeichnet und im Mai 2000 durch ein Referendum seitens der Schweiz überzeugend bestätigt worden. Das Abkommen bringt große Vorteile für die schweizerische Wirtschaft, die bereits jetzt etwa zwei Drittel ihrer Im- und Exporte mit der EU abwickelt. Der Zugang zum Europäischen Binnenmarkt verbessert sich markant. Die Schweiz integriert

sich nun noch intensiver in die EU. Der bisher schon geübte umfängliche autonome Nachvollzug von EU-Regularien wird fortgeführt. Das Sieben-Punkte-Abkommen betrifft sieben wichtige Bereiche:

**Landverkehr:** Gegenseitige Öffnung der Märkte. Die Schweiz erhöht das Limit für Lastwagen bis 2005 schrittweise von 25 auf 40 Tonnen. Um mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern, wird eine Schwerverkehrsabgabe erhoben. Mit Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels (voraussichtlich 2007/8) wird außerdem eine Transitgebühr von max. 200 Euro pro Fahrt fällig.

**Luftverkehr:** Schweizerische Fluggesellschaften erhalten auf der Basis von Gegenseitigkeit sukzessive Zugang zum EU-Luftverkehrsmarkt. Das EU-Wettbewerbsrecht gilt auch für Unternehmen aus der Schweiz.

**Technische Handelshemmnisse:** Gegenseitige Anerkennung von Tests, Zertifikaten und Bewilligungen.

**Öffentliches Beschaffungswesen:** Auf allen Staatsebenen ist gegenseitiger Zugang zu öffentlichen Aufträgen gegeben, wobei Anbieter aus der Schweiz und der EU gleich zu behandeln sind.

**Forschung:** Die Schweiz beteiligt sich an den Forschungsprogrammen der EU.

**Personenverkehr:** Grenzübertritt und Aufenthalt von Selbstständigerwerbenden und Arbeitnehmern; Niederlassungsrecht; Anerkennung von Diplomen; Koordinierung des Sozialversicherungsrechts, etc. In Abweichung von den sechs anderen Punkten des Abkommens wird vereinbart: Nach zwei Vertragsjahren gilt für Schweizer in der EU freier Personenverkehr. Die Schweiz kann hingegen noch während der ersten fünf Vertragsjahre Kontingente anwenden. Nach sieben Vertragsjahren kann die Schweiz in einem fakultativen Referendum entscheiden, ob das Abkommen über den Personenverkehr weitergeführt werden soll.

**Landwirtschaft:** Für bestimmte Produkte, das gilt vor allem für Käse, wird der Marktzugang gegenseitig erleichtert.

Dieses **Sieben-Punkte-Programm** bestimmt den Integrationskurs der Schweiz gegenüber der EU zumindest für die nächsten sieben Jahre. Für einen beschleunigten engeren Schulterschluss oder gar eine EU-Mitgliedschaft sind die Schweizer noch auf absehbare Zeit nicht zu gewinnen. Viele Bürger, die bei der Volksabstimmung über das Sieben-Punkte-Programm mit Ja stimmten, taten dies auch, um das Thema des EU-Beitritts erst einmal vom Tisch zu haben. Außerdem ist nach Ansicht der Wirtschaftsverbände ein Beitritt des Landes zur EU nicht nötig, da die Hürden jetzt zu Genüge abgebaut seien und die Lösung verbliebener Fragen mittels ähnlicher Programme erfolgen könnte. Andererseits hält die Schweizer Bundesregierung an dem 1992 beantragten Beitritt zur EU unvermindert fest, wie ihr jüngst vorgelegter »Außenpolitischer Bericht 2000« zeigt. Denn die Bedeutung der EU nimmt weiter zu, je mehr sich diese verfestigt, ausdehnt und effizienter ihre Interessen nach außen vertritt. Allerdings herrscht in dieser Frage bis 2008 ein »faktisches Moratorium«. Denn dann kann in der Schweiz über die Beibehaltung des freien Personenverkehrs abgestimmt werden. Zwischenzeitlich werden Erfahrungen mit der Umsetzung des Sieben-Punkte-Programms gesammelt, die Auswirkungen eines EU-Beitritts auf alle relevanten Bereiche eingehend geprüft und eine breite innenpolitische Unterstützung für diesen Integrationskurs gesucht.

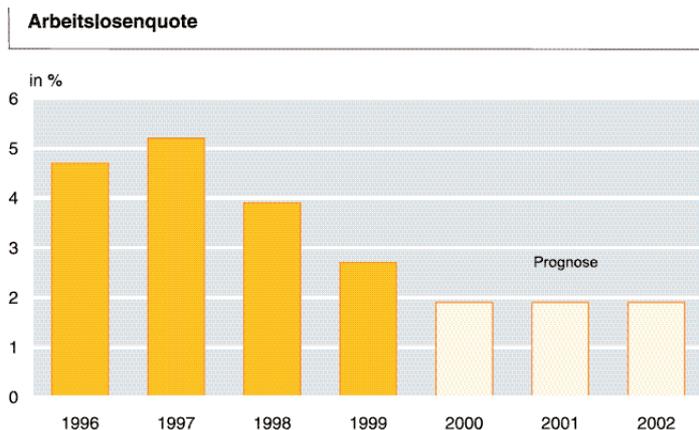
**Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2001**

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden unterstellt: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um gut 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in **Japan** um etwa 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um ca. 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% ausgeweitet; für die EU und für Euro-Land sind etwa gleiche Raten zu erwarten, während die Veränderungsrate für Deutschland ungefähr 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% beträgt. Der Einfuhrpreis für

**Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 26 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken auf Dollar-Basis spürbar unter das Niveau des Jahres 2000. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Jahresdurchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des **Welt-handels** expandiert in einer Größenordnung von 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%.

In der **Schweiz** erhält die Konjunktur von der Weltwirtschaft schwächere und von der Wirtschaftspolitik gar keine Impulse mehr. Zudem wertet sich der Franken weiter langsam gegenüber dem US-Dollar auf. Die Klimaindikatoren deuten bereits seit dem zweiten Quartal 2000 auf eine allmähliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums hin. Damit werden aber auch die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt etwas nachlassen, und die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion nähert sich sukzessive dem Potentialpfad. Vor allem externe inflationsdämpfende Effekte bewirken eine allmähliche Abschwächung des Preisauftriebs. Das Aktivum der Leistungsbilanz bleibt sehr hoch. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte sich um annähernd 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%, also fast dem westeuropäischen Durchschnitt entsprechend, erhöhen, zumal die Ausweitung der Inlandsnachfrage nur langsam an Schwung einbüßt. Diese Prognose ist jedoch wie immer mit hoher Unsicherheit behaftet. Denn die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden in der Schweiz für zurückliegende Jahre meist in noch stärkerem Maße revidiert als in anderen Ländern. Folglich steht bereits die Prognose des Vorjahres und damit die Basis der Vorausschätzungen für das laufende und das nächste Jahr auf wackeligen Beinen.

Die höchste Zuwachsrate (rund + 7%) wird wiederum die **Ausfuhr** von Gütern und Diensten aufweisen; damit gehen wiederum Anteile auf dem Weltmarkt verloren. Doch wird hier die Verlangsamung der Expansion im Verlauf am ausgeprägtesten sein. Zwar nimmt der Absatz in Westeuropa wieder lebhaft zu, und die Dynamik lässt nur allmählich nach; von der immer noch ziemlich guten westeuropäischen Investitionskonjunktur profitieren erneut besonders die Lieferungen von Ausrüstungsgütern. Auch nach Mitteleuropa, dessen Wirtschaft im Zuge des wirtschaftlichen Aufholprozesses immer noch kräftig wächst, wird rege exportiert werden. Aber die Ausfuhr nach den USA, die in den beiden letzten Jahren weit überdurchschnittlich ausgeweitet worden war, wird sehr viel langsamer zunehmen als Folge der dortigen konjunkturellen Verlangsamung und der Aufwertung des Schweizerfranken gegenüber dem US-Dollar. Ähnliches gilt für den Absatz in Lateinamerika und den ost-/südostasiatischen Schwellenländern. Auch hier verliert die Konjunktur an Kraft. Und infolge ihrer Zugehörigkeit zur Dollar-Zone büßen Schweizer Anbieter auch



Quelle: Schweizerische Nationalbank, Prognose des ifo Instituts.

auf diesen Märkten an Wettbewerbsfähigkeit ein. Die hohe vorjährige Steigerungsrate beim Absatz in den ölexportierenden Entwicklungsländern dürfte sich kaum wiederholen lassen. Insgesamt verschlechtert sich die preisliche Wettbewerbsposition etwas, auch weil die Lohnstückkosten nicht mehr so langsam steigen wie in den Vorjahren. Der **Import** dürfte ebenfalls deutlich schwächer als im Vorjahr ausgeweitet werden. Der Überschuss der **Leistungsbilanz** bleibt gleichwohl sehr hoch und in Relation zum BIP mit einer Größenordnung von 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% gegenüber dem Jahr 2000 etwa unverändert.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** expandieren zwar im Verlauf verlangsamt, mit ca. 4<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% aber immer noch recht lebhaft. Dabei dürfte sich die Erholung der Bauinvestitionen nur wenig gebremst fortsetzen, wengleich der Zuwachs deutlich unterdurchschnittlich bleibt. Der Wohnungsneubau bleibt spürbar aufwärts gerichtet, auch weil die Hypothekenzinsen nur wenig gestiegen sind. Die gute Wirtschafts- und die verbesserte Einkommensentwicklung lassen die Nachfrage vor allem nach großen, hochwertigen und ruhig gelegenen Eigenheimen und Mietobjekten spürbar steigen. Außerdem erlaubt die Nachfrage jetzt auch wieder die Durchsetzung höherer Mieten. Die Ausrüstungsinvestitionen nehmen immer noch stark, aber verlangsamt zu. Die hohe Auslastung der Kapazitäten wirkt kräftig stimulierend. Auch zwingt die verbreitete Knappheit an Fachkräften zur weiteren raschen Rationalisierung. Und die Absatz- und Ertragsaussichten werden weniger optimistisch beurteilt.

Der **private Konsum** (gut + 2%) verliert nur wenig an Dynamik. Zwar nimmt die Beschäftigung spürbar langsamer zu. Aber die Reallöhne werden stärker erhöht als im Jahr zuvor; die Entwicklung verläuft allerdings je nach Branche, entsprechend der Arbeitskräfteknappheit und den Produktivitätsfortschritten sehr differenziert. Außerdem ist 2001, wie alle ungeraden Jahre, ein aufkommensschwaches Jahr für die Bundeseinkommensteuer. Die Sparquote bleibt aber vermutlich stabil, weil auch hier vermehrt in die Altersvorsorge investiert wird. Der **öffentliche Verbrauch** wird nur geringfügig ausgeweitet, da die öffentlichen Haushalte weiter konsolidiert werden und konjunkturbedingt Minderausgaben anfallen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** verringern sich die Spannungen im Zuge der weniger lebhaften Konjunktorentwicklung etwas, obwohl die Beschäftigung weiter – durch das Angebot begrenzt – verlangsamt zunimmt. Allerdings kann die Nachfrage nach Fachpersonal und oftmals auch weniger qualifizierten Kräften auch heuer nicht gedeckt werden. Im Schnitt des Jahres dürfte die Arbeitslosenquote bei knapp 2% verharren.

Die **Konsumentenpreise** erhöhen sich im Laufe des Jahres leicht verlangsamt. Stabilisierend wirken die im Jahresdurchschnitt kaum noch verteuerten Importe. Auch sind kei-

ne nennenswerten Anhebungen indirekter Steuern wahrscheinlich. Aber die Lohnstückkosten steigen stärker als im Vorjahr. Die Lebenshaltungskosten dürften um ca. 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% über den Niveau des Jahres 2000 liegen.

### Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **USA** dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% steigen. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um fast 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% zu. In **Mitteleuropa** expandiert die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%. In **Westeuropa**, der EU und in Euro-Land erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%; in Deutschland dürfte es um etwas weniger als 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% ausgeweitet werden. Der Preis für **Rohöl** dürfte im Jahresdurchschnitt ungefähr 25 US-Dollar pro Barrel betragen. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) liegen etwas unter dem Niveau von 2001. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis 1,05 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte um ca. 8% expandieren.

In der **Schweiz** wird die andernorts zu beobachtende konjunkturelle Beschleunigung durch das bereits im Jahre 2000 weitgehend ausgeschöpfte Arbeitskräftepotential gebremst. Auch ist nicht mit einem Abgehen vom finanzpolitischen Konsolidierungskurs zu rechnen. Bei annähernder Konstanz des Frankenkurses gegenüber dem Euro wird die weitere allmähliche Aufwertung des Schweizerfranken gegenüber dem US-Dollar den Export nur wenig bremsen. Demgegenüber sind schwache stimulierende Effekte von der Geldpolitik, aber deutliche Impulse von der weltwirtschaftlichen Erholung zu erwarten. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um reichlich 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% expandieren, im weiteren Verlauf des Jahres wieder zunehmend getragen vom Export. Das allmähliche Durchwirken der New Economy erweitert dank größerer Produktivitätsfortschritte trotz geringer Beschäftigungszunahme den Spielraum für das Wirtschaftswachstum bei weitgehender Preisstabilität. Teilweise herrscht weiter Überbeschäftigung. Der Preisanstieg geht zunächst noch etwas zurück. Der Leistungsbilanzüberschuss bleibt sehr hoch.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen bleibt mit einer Steigerungsrate von etwa 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% die dynamischste Komponente auf der Nachfrageseite. Im Verlauf gewinnt sie zunehmend an Schwung, angeregt vor allem durch die konjunkturelle Erholung in Westeuropa sowie in den USA. Aber auch in Ost-/Südostasien tendiert die Konjunktur wieder aufwärts. Allerdings werden von der Lohnkostenseite keine Vorteile mehr erkennbar sein, und die Ausnutzung von Exportchancen könnte bei knappen Terminvorgaben ob der verbreiteten Personalknappheit verschiedentlich vereitelt werden. Von der wieder kräftiger anlaufenden Investitions-

konjunktur werden die Hersteller von Investitionsgütern überdurchschnittlich profitieren. Die **Einfuhr** dürfte sich stärker erhöhen als der Export. Bei nochmals verbesserten Terms of Trade nimmt der Überschuss der **Leistungsbilanz** in Relation zum BIP auf eine Größenordnung von 13% zu.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (knapp + 5%) expandieren im Verlauf ebenfalls beschleunigt. Das gilt in erster Linie für die Ausrüstungsinvestitionen. Hohe Kapazitätsauslastung, günstige Absatz- und Ertragsaussichten, niedrigere Zinsen und die anhaltende Knappheit an Arbeitskräften führen zu rascher steigenden Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen. Die Bauinvestitionen werden etwa im bisherigen Maße ausgeweitet, was dank spürbar weiter steigender Produktivität auch bei annähernd stagnierendem Personalbestand in der Bauwirtschaft möglich ist. Das gilt auch für den Wohnungsneubau. Hier stimulieren niedrigere Zinsen, erhöhte Kaufkraft, steigende Mieten, sinkender Leerbestand sowie wachsende Nachfrage nach großen, qualitativ hochwertigen und ruhig gelegenen Wohnungen und Häusern. Hinzu kommt noch eine demographische Komponente, da die Gruppe der 35- bis 54-jährigen deutlich zunimmt, bei denen der Wunsch nach Wohneigentum am stärksten ist.

Der **private Konsum** expandiert neuerlich um annähernd 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%. Zwar nimmt die Zahl der Beschäftigten nach wie vor nur mäßig zu. Auch ist 2002, wie alle geraden Jahre, ein aufkommensstarkes Jahr bei der Einkommensteuer. Aber es dürften mehr Überstunden geleistet werden, und die Reallöhne steigen bei wieder verstärkter Nachfrage nach Arbeitskräften zumindest im bisherigen Ausmaß. Die Sparquote nimmt vermutlich, wie schon 2001, etwas zu. Langlebige Güter werden immer noch überdurchschnittlich nachgefragt. Der in den ausgesprochen konsumschwachen neunziger Jahren entstandene Nachholbedarf dürfte erst jetzt endgültig gedeckt werden. Der **Staatsverbrauch** wird bei fortgesetzt auf Sparsamkeit abstellender Finanzpolitik nur wenig ausgeweitet.

Die Spannungen auf dem **Arbeitsmarkt** nehmen im Verlauf des Jahres allmählich zu, auch weil das Reservoir weitestgehend ausgeschöpft ist und die Beschäftigung nur wenig steigt. Der Bedarf an qualifizierten und unqualifizierten Kräften kann nach wie vor vielfach nicht gedeckt werden. Die Arbeitslosenquote verharrt im Jahresdurchschnitt bei knapp 2%.

Die Preisentwicklung bleibt schwach aufwärts gerichtet. Sinkende Ölpreise und die Aufwertung des Franken gegenüber dem US-Dollar drücken auf die Importpreise. Auch bleibt der Wettbewerb lebhaft. Andererseits steigen die Lohnstückkosten etwas stärker. Die **Konsumentenpreise** dürften das Niveau des Jahres 2001 um knapp 1% übersteigen.

### Summary

*The Swiss economy experienced a strong upswing from mid-1999 until spring 2000 propelled by the favourable world economic situation and robust internal demand. Afterwards the increase in activity lost momentum due to the shortage of labour, high capacity utilisation, the oil price hike and weakening external demand. **Real GDP** rose by about 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% in 2000 with the unemployment rate dropping to ca. 2% on average but with higher inflationary pressures (CPI + about 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%). The already very high surplus of the current balance rose further to about 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% of GDP.*

*Economic policy is expected to curb economic growth somewhat in 2001 but will be largely neutral in 2002 when the impact of monetary relaxation will be felt in the course of the year. The Swiss National Bank is likely to keep the exchange rate of the Swiss franc stable vis-à-vis the euro, which implies a further revaluation against the US dollar. Integration with the European Union (EU) will take a decisive step forward with the **Seven Points Treaty** with the EU which took effect at the beginning of 2001. This will make a significant reduction of Switzerland's economic isolation in Europe.*

*In 2001 the economic slowdown will continue well into the year, bringing economic expansion in a healthier correlation with potential growth. The world economic situation will be less favourable and the revaluation of the franc against the US dollar is likely to continue; nevertheless exports will remain the most dynamic aggregate on the demand side. But the upswing of internal demand will continue to be robust including gross fixed capital formation. **Real GDP** might grow by ca. almost 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% (with exports still as the main driving force) – almost in pace with the Western European average. Though the tensions in the labour market will ease somewhat, the unemployment rate will remain at about 2% on average. Consumer price inflation will slow down in the course of the year mainly due to the stabilising impact of import prices. CPI might rise by almost 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% on average.*

*In 2002 economic growth is likely to pick up again in the course of the year, stimulated by a faster pace of the world economy due to a cyclical recovery in the USA, East-/South-east Asia and Europe. In addition monetary policy will back the upswing. **Real GDP** might grow on the order of 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% with exports and gross fixed capital formation as the main driving forces. Private consumption is likely to stay its course. The unemployment rate will remain somewhat below 2% on average. Due to dampening external effects, inflation will be low again, bringing the increase of CPI to almost 1% as against 2001.*

Abgeschlossen am 22. Dezember 2000